



4. Mai 2018

Nigeria: Präsident Buhari nach erneutem Massaker an Christen unter Druck

Morde an Christen Thema bei Staatsbesuch in den USA / Rolle der Sicherheitsbehörden im Fokus

(Open Doors, Kelkheim) – Bei zwei Anschlägen in Nigeria sind am 24. und 26. April 26 Christen ermordet worden. Aus Anlass der fortgesetzten Angriffe wurde Präsident Buhari vor das nigerianische Abgeordnetenhaus gerufen. Auch US-Präsident Trump sprach das Thema bei Gesprächen mit Buhari im Weißen Haus am 30. April an. Die katholische Bischofskonferenz von Nigeria forderte den Präsidenten zum Rücktritt auf.



Bild: Präsident Buhari mit US-Präsident Trump (Foto: Nigeria Presidency)

Tödlicher Überfall auf Gottesdienst

Der Bundesstaat Benue im Mitteltgürtel Nigerias war in den vergangenen Jahren immer wieder Schauplatz blutiger Übergriffe durch mutmaßliche Fulani-Hirten. Den Tiefpunkt stellte die Ermordung von über 500 Dorfbewohnern im Februar 2016 dar. Im vergangenen Januar starben 80 Menschen bei gewaltsamen Übergriffen, 80.000 flohen. Während es bei den Vorfällen häufig um Weidegründe und Landbesitz geht – die Fulani sind traditionell Viehhirten – spielen auch ethnische Zugehörigkeit und Religion eine wichtige Rolle. Dies wurde bei dem Überfall auf eine katholische Kirche am 24. April erneut deutlich: 19 der im Dorf Ukpor-Mbalom zum Gottesdienst versammelten Christen starben, darunter auch zwei Priester. Anschließend zerstörten die Angreifer über 60 Häuser und Felder und

plünderten die Vorrathshäuser. Auch der Angriff am 26. April im Dorf Mbamondo richtete sich gegen eine Kirche. Dort hatten einige Vertriebene Zuflucht gesucht, sieben Menschen wurden getötet.

Trump: „Morde an Christen in Nigeria sehr ernstes Problem“

Als Reaktion auf das Massaker am 24. April berief das nigerianische Abgeordnetenhaus eine Sondersitzung ein, in dem Präsident Buhari aufgefordert wurde, zu den Geschehnissen Stellung zu nehmen. Die Versammlung verabschiedete ein Misstrauensvotum gegenüber der Leitung der Sicherheitskräfte des Landes und sämtlichen Sicherheitsberatern des Präsidenten. Das offensichtliche Versagen von Polizei und Militär sowohl beim Schutz der Bevölkerung als auch bei der Aufklärung der Taten führt immer wieder zu Vorwürfen an Präsident Buhari, der selbst dem Fulani-Volk angehört. Die katholische Bischofskonferenz von Nigeria forderte am 26. April sogar seinen Rücktritt und verwies dabei darauf, dass „der Präsident die Verantwortung für die Sicherheitsdienste bewusst in die Hände von Angehörigen einer einzigen Religion gelegt“ habe. Christliche Leiter warnen seit Jahren vor einer gezielten Ausbreitung des Islam mit kriegerischen Mitteln.

Demgegenüber erklärte Buhari, das Problem sei nicht religiöser Natur, sondern „soziologisch und wirtschaftlich“ bedingt. Am 30. April kam er in Washington mit US-Präsident Trump zusammen. Dabei nannte Trump die Ermordung von Christen in Nigeria ein „sehr ernstes Problem“, an dem man „sehr, sehr hart arbeiten“ werde.

Auf dem [Weltverfolgungsindex](#) von Open Doors rangiert Nigeria aktuell auf Platz 14 (Vorjahr: 12) unter den Ländern, in denen Christen wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

Quellen: World Watch Monitor, Open Doors

Herzliche Einladung zum Open Doors Tag 2018 am 12. Mai in Heilbronn unter dem Motto „Gemeinsam verfolgte Christen stärken“. Alle weiteren Informationen finden Sie [hier](#).